

Medienmitteilung vom 25. Oktober 2017

Geplanter Bildungsabbau im Kanton Bern **Hände weg von den Integrations- und Unterstützungslektionen!**

Geplante Sparmassnahmen im sogenannten IBEM-Pool drohen die Volksschule dort weiter zu schwächen, wo sie am schwächsten ist. Bereits heute reichen die Lektionen für Integrations- und Unterstützungsmassnahmen nicht aus, um der Vielfalt der heutigen Schulkinder gewachsen zu sein. Darunter leiden Lehrkräfte genauso wie die Schülerinnen und Schüler.

Sparmassnahmen im Bildungswesen gab es in den letzten 15 Jahren immer wieder. Zuletzt sehr schmerzvolle im Jahr 2013, die bis heute in den Schulen noch nicht verdaut sind. Stichwort grössere Schulklassen. Das Spezielle an den diesmal im Raum stehenden Sparmassnahmen aus Sicht von Bildung Bern: Sie machen volkswirtschaftlich grösstenteils überhaupt keinen Sinn. Kosten werden nicht gespart, sondern nur verlagert.

Aus Sicht der Volksschule besonders verheerend sind Sparmassnahmen im sogenannten IBEM-Pool – im Lektionen-Pool für Integrations- und Unterstützungsmassnahmen. Diese Sparmassnahmen schwächen die Schule ausgerechnet dort, wo sie heute schon am schwächsten ist, quasi an ihrer Achillesferse.

Über den IBEM-Pool erhalten Schulen vom Kanton Lektionen finanziert, um der Vielfalt der Kinder gerecht zu werden. Lektionen wie Integrative Förderung (IF), Logopädie, Psychomotorik, Deutsch als Zweitsprache oder Begabtenförderung.

Immer öfter sind Schulen mit verhaltensauffälligen Kindern konfrontiert, die den Schulunterricht lahmlegen. Im Kanton Bern gibt es auch immer mehr Kinder mit psychomotorischen Störungen, weil sie mehr Zeit drinnen vor Geräten verbringen als draussen beim Spielen. Dazu kommen immer mehr kriegstraumatisierte Flüchtlingskinder. Sie alle brauchen Unterstützung. Gleichzeitig steigt der berechnete Anspruch der Eltern, dass auch begabte Kinder in der Volksschule gefördert werden.

Die Integrations- und Unterstützungsleistungen reichen schon heute nicht aus – jetzt will der Regierungsrat sie weiter kürzen, um insgesamt 6,8 Millionen Franken bis zum Jahr 2021. Darunter würden Lehrpersonen genauso leiden wie die Schulkinder. Leiden würde aber ausgerechnet auch die Kantonskasse, die ja eigentlich entlastet werden soll: Integrations- und Förderungsmassnahmen an der Volksschule sind der bessere und günstigere Weg, als neue Sonderklassen zu schaffen.